

Der Weg zum Bundesverfassungsgericht – eine realistische Möglichkeit zur Überwindung des Rentenstrafrechts

von Rechtsanwalt Benno Bleiberg,

Rechtsanwalt Dr. Rainer Rothe

Die Vertreterversammlungen von ISOR in den Jahren 2004 und 2005 haben die »Konzeption zur Fortsetzung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht« beschlossen und hier Weg und Ziel bestimmt. Das Anwaltsbüro Bleiberg hat die Bereitschaft erklärt, an der Seite von ISOR hierzu das rechtlich Mögliche und Erforderliche zu unternehmen. Und dabei bleibt es!

Die Mandatsverhältnisse werden fortgesetzt, insbesondere für die ehemaligen Angehörigen des MfS. Das gilt grundsätzlich bis zu einer abschließenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) bzw. gesetzlichen Regelung und deren Umsetzung.

Die letzte Etappe der juristischen Auseinandersetzung auf dem Weg nach Karlsruhe steht unmittelbar bevor.

Das BVerfG hat bekanntlich mit den Beschlüssen vom 22. Juni 2004 und 27. Juli 2004 alle gegen § 7 AAÜG idF 2. AAÜG-ÄndG gerichteten Verfassungsbeschwerden nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie keine Aussicht auf Erfolg hätten. Zur Begründung ist ausgeführt, dass die vorgelegten Gutachten keine sachlich und zeitlich umfassende auf der Grundlage neuer Erkenntnisse erarbeiteten Analyse des Besoldungs- und Versorgungssystems im MfS enthielten. Sie seien deshalb unzureichend. Das mussten wir zur Kenntnis nehmen, zumal sich die Gutachten wegen der damaligen Verweigerungshaltung zuständiger Behörden zur Herausgabe von Daten und Einsichtnahme in Unterlagen nur auf begrenztes Quellenmaterial stützen konnten. Das BVerfG hatte auch keinen Grund gesehen, selbst Beweis zu erheben oder die Instanzgerichte dahingehend zu verpflichten. Es wies aber darauf hin, dass eine erneute verfassungsrechtliche Überprüfung des § 7 AAÜG

zulässig sei, sofern neue rechtserhebliche Tatsachen gegen die tragenden Feststellungen des BVerfG vorliegen, die eine andere als die am 28. April 1999 getroffene Entscheidung rechtfertigen können.

ISOR und das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg haben sich daraufhin entschieden, die juristische Auseinandersetzung gegen die Entgeltbegrenzung des § 7 AAÜG fortzuführen. Dazu mussten zunächst einmal, wie vom BVerfG gefordert, die neuen rechtserheblichen Tatsachen ermittelt werden.

Gleichwohl ist es uns gelungen, auf juristischem Wege die Daten des Bundesverwaltungsamtes, der »Birthler-Behörde« und der Wehrbereichsverwaltung zu erhalten und ergänzend umfangreiches Material aus Archiven einzusehen. Dieser Prozess wurde durch die von den Mitgliedern eingereichten Petitionen und Briefe an die Bundestagsabgeordneten wirksam unterstützt. Die so gewonnenen Daten sind unabdingbare, zentrale Grundlage für ein neues sozialwissenschaftliches Gutachten, welches durch ein unabhängiges Forschungsinstitut derzeit erstellt wird. Voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres wird das Gutachten über die Einkommensverhältnisse im MfS im Vergleich zur Volkswirtschaft und von NVA/Mdl vorliegen. Gegebenenfalls wird es durch ein zusätzliches Gutachten eines renommierten Verfassungsrechtlers unterstützt.

Damit besteht erstmalig seit den Urteilen aus dem Jahr 1999 die realistische Möglichkeit, eine erneute verfassungsrechtliche Überprüfung der Vorschrift des § 7 AAÜG durch das Bundesverfassungsgericht zu erreichen. Zu diesem Zweck werden durch das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg eine Vielzahl geeigneter Musterverfahren aus-



»Menschen,
lasst uns Menschen werden«

Konzert des Ernst-Busch-Chores Berlin
am 26. und 27. Januar 2008,
jeweils 15.00 Uhr, im Haus der russischen
Wissenschaft und Kultur
Eintritt 10,- EURO

gewählt und geführt. Bei den Sozialgerichten bereits anhängige geeignete Verfahren werden wieder aufgenommen und mit einer auf dem neuen sozialwissenschaftlichen Gutachten basierenden juristischen Argumentation fortgeführt.

Ziel ist es zu erreichen, dass sich möglichst viele Sozialgerichte mit den neuen beweiskräftigen und aussagefähigen Argumenten, eben den rechtserheblichen Tatsachen, befassen.

Dennoch bleibt abzuwarten, wie sich die Sozialgerichte verhalten und ob sich wenigstens ein Sozialgericht direkt mit einem Vorlagebeschluss an das Bundesverfassungsgericht wendet. Eine direkte Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht scheidet jedenfalls aus, da nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Rechtsweg durch die Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit ausgeschöpft werden muss.

Das juristische Vorgehen im Einzelnen ist abhängig von den Anträgen der Verfahrensbeteiligten und den Entscheidungen der Gerichte in den jeweiligen Instanzen. In welchem Zeitraum es gelingen wird, dem Bundesverfassungsgericht eine erneute Überprüfung der Entgeltbegrenzung des § 7 AAÜG anzutragen, ist ungewiss. Auch kann nicht vorhergesagt werden, welchen zeitlichen Umfang der Prozess der Entscheidungsfindung beim Bundesverfassungsgericht einnimmt. Die angestrebte juristische Auseinandersetzung ist jedenfalls die letzte Chance, die Entgeltbegrenzung für die ehemaligen Angehörigen des MfS zu beseitigen. Das dafür rechtlich Notwendige und Mögliche wird durch das Anwaltsbüro Bleiberg gründlich vorbereitet und unternommen. Wir stimmen mit ISOR überein, dass das gemeinsame Ringen um Rentengerechtigkeit in einem Staat, der sich als Rechts- und Sozialstaat begreifen will, ein sehr gerechtes Anliegen ist. Wir wissen uns insoweit mit dem Grundgesetz in völliger Übereinstimmung, das die Würde des Menschen in seinem Artikel 1 als unantastbar bezeichnet, den Gleichheitsgrundsatz bestimmt und das Eigentum für alle garantiert. Das einzuhalten, fordern wir vom Staat Bundesrepublik Deutschland.

Es kann erforderlich werden, diesen Prozess durch die Mitglieder von ISOR politisch erneut zu unterstützen. Der Vorstand von ISOR wird dann in Abstimmung mit dem Anwaltsbüro Bleiberg die notwendigen Anregungen geben. ■

Eindrucksvolle Würdigung des Lebens und Wirkens von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann

Von Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

Angehörige der Familie, langjährige Freunde und Kampfgefährten, namhafte Persönlichkeiten, Funktionäre der ISOR aus Vorstand, Beirat sowie aus allen TIG des Berliner Raums und der Bezirksstädte der DDR versammelten sich am 18.10.2007 bei einem Kolloquium zu Ehren unseres verstorbenen langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden, Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Wolfgang Edelmann.

Horst Parton und neun weitere Redner fanden bewegende Worte, um die bleibenden Verdienste Wolfgang Edelmanns, seine wissenschaftlichen Leistungen und seine menschlichen Qualitäten aus unterschiedlichen Perspektiven und persönlichen Erfahrungen zu würdigen. Als kluger Denker und Organisator hat Wolfgang maßgeblich zur Gründung und inhaltlichen Profilierung von ISOR beigetragen. An der Seite angesehener Juristen erarbeitete und verwirklichte er in konstruktiver Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskanzlei Bleiberg & Schippert die juristische Konzeption unseres Vereins und stand vielen Mitgliedern selbstlos mit Rat und Tat zur Seite. Geachtet und anerkannt begründete und pflegte er vielfältige, stabile und konstruktive Arbeitsbeziehungen zu anderen Sozialverbänden und Vereinen und nicht zuletzt zur PDS/Linkspartei, deren Mitglied er bis zu seinem Tode blieb.

Wolfgang Edelmann zeichnete sich durch politische und geistige Flexibilität aus, durch scharfe Beobachtungsgabe und die nüchterne Sicht eines Wissenschaftlers auf die Realität. Er war hoch gebildet, kulturvoll und beeindruckend kompetent. Seine frühzeitige und enge Zusammenarbeit mit Prof. Axel Azzola, dem er und ISOR so vieles verdanken, war ein Glücksfall. Das Kolloquium war eine verdiente und angemessene Würdigung der Persönlichkeit und des Wirkens von Wolfgang Edelmann. Es war zugleich – wie Horst Parton hervorhob – auch Bilanz der erfolgreichen mehr als 16-jährigen Arbeit unserer Organisation und Ausblick auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen. Gerade die Rückbesinnung auf die Ausgangssituation von 1990/1991 und die seither erreichten positiven Veränderungen geben Kraft für unseren weiteren Kampf. Dafür hat Wolfgang Edelmann wichtige Voraussetzungen geschaffen, an die wir anknüpfen. Dank seiner unermüdlichen und beharrlichen Arbeit, die von vielen erfahrenen Mitgliedern unserer Organisation unterstützt wurde, sehen wir uns heute im Besitz jener rechtserheblichen Tatsachen, die einen erneuten Gang zum Bundesverfassungsgericht realistisch erscheinen lassen. Das von uns angestrebte sozialwissenschaftliche Gutachten zu

den Einkommensverhältnissen und zur Qualifikationsstruktur im MfS wird auf amtlichen und unanfechtbaren Daten und Dokumenten für den gesamten Zeitraum von 1950 bis 1989 aufbauen können.

Die Teilnehmer des Kolloquiums bekundeten einmütig, dass sie das Vermächtnis von Wolfgang Edelmann erfüllen werden, indem sie den von ihm und an seiner Seite begonnenen Kampf gegen das Strafrechtssystem bis zu dessen endgültiger Beseitigung fortsetzen werden.

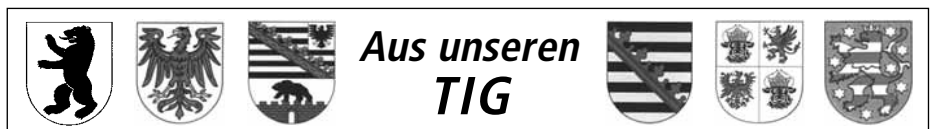
Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand nahm einen erneuten Bericht der Arbeitsgruppe über den Fortgang der unterstützenden Arbeiten zur Fertigstellung des Gutachtens über die Einkommensverhältnisse und Qualifikationsstrukturen im MfS im Vergleich zur Volkswirtschaft der DDR sowie dem Bereich X entgegen. Dabei konnten erneut wichtige Fortschritte erreicht werden. Der Vorstand bestätigte den Entwurf eines Vertrages mit einem namhaften Wissenschaftler, der sich zur Fertigung eines verfassungsrechtlichen Gutachtens bereit erklärt hat.

★

Eine Abordnung von ISOR unter Leitung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Recht, Dr. Rainer Rothe, der alle Landesbeauftragten angehörten, nahm zusammen mit Vertretern aus zahlreichen weiteren Sozialverbänden und Vereinen am 30.10.2007 an einem Fachgespräch der Bundestagsfraktion der Partei »Die Linke« teil. Es wurde über eine Initiative der Linkspartei informiert, die mit insgesamt 17 Anträgen den Bundestag mit »Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten gegenüber Älteren in den neuen Bundesländern bei der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in das bundesdeutsche Recht« konfrontieren will. Dabei hält »Die Linke« an ihrer Forderung fest, den Missbrauch des Rentenrechtes als politisches Strafrecht abzuschaffen und willkürliche Eingriffe in die Rentenformel zu beseitigen. In einem der Anträge wird die stufenweise Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert bis spätestens 2012 gefordert. Andere Anträge beschäftigen sich mit Überführungslücken, z.B. im Gesundheitswesen, bei Geschiedenen, Ballett-Mitgliedern, oder mit Versorgungsunrecht z.B. bei Angehörigen der Intelligenz.

Der Vorstand begrüßte die Initiative der Partei »Die Linke«. Horst Parton erklärte bei der Tagung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden am 01.11.2007 gegenüber der Linkspartei die vorbehaltlose solidarische Unterstützung seitens ISOR..



Auf Einladung der TIG Ribnitz-Damgarten/Barth/Fischland-Darss-Zingst fand am 06.10.2007 in Born/Darss eine Zusammenkunft mit dem Schriftsteller Hermann Kant statt. Mit etwa 70 Teilnehmern war der Versammlungsraum voll besetzt. Es kamen Mitglieder unserer sowie der TIG von Stralsund und Rostock mit Ehepartnern und anderen Begleitpersonen, außerdem Mitglieder und Sympathisanten der Linkspartei aus Dierhagen und anderen Orten. Hermann Kant las aus seinem jüngeren Buch »Okarina«. Er verband Inhalte und Aussagen verschiedener Zeitabschnitte, sprach Positives und Kritisches an. Mit seiner hervorragenden, präzisen Beherrschung der deutschen Sprache beantwortete er Fragen im anschließenden Meinungsaustausch. Trotz kritischer Wertung des geschichtlichen Ablaufs ließ er keinen Zweifel an der Möglichkeit einer gerechteren sozialistischen Gesellschaft, vorausgesetzt, es gelingt, die Menschen, vor allem die Jugend, zu überzeugen. Die Veranstaltung fand große Resonanz. Viele wünschten weitere derartige Zusammenkünfte, da sie zum Zusammen-

halt und zur Standhaftigkeit der ISOR-Mitglieder beitragen. Ein Teilnehmer erklärte seine Bereitschaft, Mitglied von ISOR zu werden. **Henry Otto**

★

In unserer Mitgliederversammlung der TIG Löbau wurde der Aufruf der TIG Berlin-Hohenschönhausen behandelt und einstimmig beschlossen, dass sich unsere TIG diesem Aufruf anschließt und im Sinne der vorgegebenen Schwerpunkte handeln wird.

Wir können, wenn auch im bescheidenen Maße mitteilen, dass wir zwei weitere Mitglieder und ein förderndes Mitglied in unserer TIG aufnehmen konnten.

Wir halten es für erwähnenswert, dass von den 92 Mitgliedern noch 37 Mitglieder von der Rentenstrafe betroffen sind und 52 Mitglieder ihr solidarisches Verhalten dokumentieren.

Um den verstärkt über die Medien vorgetragenen Kampagnen gegen das MfS entgegenzuwirken, haben wir geplant, am 27. März 2008 eine gemeinsame Veranstaltung mit dem BRH, der

GRH, der Kameradschaft Ehemalige im DBwV und der Linkspartei durchzuführen, an der die Autoren des Buches »Angriff und Abwehr«, Gotthold Schramm und Klaus Eichner teilnahmen.

Werner Triegel

★

In der Februarausgabe konnten wir mitteilen, dass bei der gemeinsamen Mitgliederversammlung der TIG **Berlin-Treptow** und **Köpenick** ein Betrag von 995 EURO gesammelt und als Spende zur Unterstützung von Solidaritätsleistungen des Solidaritätsdienst International (SODI) der GBM, Ortsverein Berlin-Treptow übergeben wurde.

Nun erhielten wir die erfreuliche Mitteilung, dass mit den seit Ende des vergangenen Jahres gesammelten Spenden des Ortsvereins Treptow von fast 4.900 EURO die Eröffnung des Kindergartens der vietnamesischen Gemeinde Cam Tuyen aktiv unterstützt werden konnte, denn mit Hilfe dieses Geldes wurde der Kindergarten mit Mobiliar und Spielzeug ausgestattet. Inzwischen wurde der Kindergarten eröffnet und die ersten Kinder können ihn für ihre Vorschulbildung nutzen.

In Anwesenheit von Frau Ilona Schleicher (SODI) erhielt der Kindergarten den Namen »Onkel Ho's Enkel« – als Erinnerung und Dank für die erhaltene Solidarität in der Zeit des Krieges und bei der Überwindung der Kriegsfolgen.

Nochmals allen Dank, die gespendet haben und so die Solidaritätsleistung ermöglichten.

Karl Jaschob

★

Der Vorstand der TIG **Rostock** hat sich mit einem Appell und einigen Meinungen von ISOR-Mitgliedern an ca. 270 ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR gewandt, um neue Mitglieder zu gewinnen. Es wurde darauf verwiesen, dass seit 1991 die Mitglieder von ISOR e.V. aufopferungsvoll und uneigennützig gegen das immer noch bestehende Rentenstrafrecht und die damit verbundene Behördenwillkür kämpfen.

Den Ehemaligen wurde erläutert, dass Dank der beharrlichen und besonnenen Arbeit unserer Rechtsanwältinnen und vieler ISOR-Mitglieder wieder Musterverfahren geführt werden können und die Aussichten auf einen Erfolg auch dieses Mal real vorhanden sind. Wir als Mitglieder von ISOR haben auf politischer Ebene und mit einem hohen finanziellen Aufwand unseren Beitrag geleistet. Wir erbrachten für alle, auch für Nichtmitglieder, eine nicht zu unterschätzende Vorleistung.

Der Appell wurde von den Betreuern in ihren Bereichen verteilt, leider wurde dabei festgestellt, dass ca. 20 bis zu 25 Prozent der uns vorliegenden Adressen nicht mehr stimmt und die »Ehemaligen« verzogen sind. Trotzdem hoffen wir, mit den verbliebenen Adressaten ins Gespräch zu kommen, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Wir brauchen in dieser Etappe unseres Kampfes die Mithilfe aller ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR. Solidarität, Vertrauen und Zuversicht sind gerade jetzt entscheidend, um zum Erfolg zu kommen.

Horst Zöllick

★

Am 16. Oktober führte die TIG **Templin** ihre Herbstversammlung durch, an der als willkommener Gast unser Vorstandsmitglied Horst Hartrampf teilnahm. In seinen Ausführungen zeigte er in sachlich überzeugender Form auf, welchen juristischen und politischen Weg wir als ISOR bisher gegangen sind und worauf es besonders in der nächsten Zeit ankommt. Dabei wurden insbesondere die Verdienste von Prof. Dr. Edelmann als stellv. Vorsitzender im Zusammenwirken mit den Rechtsanwältinnen Bleiberg und Schipfert und mit Prof. Dr. Axel Azzola gewürdigt. Die zu Beginn unserer Veranstaltung eingelegte Gedenkminute war ein klarer Ausdruck dieses Bekenntnisses. Die Zusammenkunft des ISOR-Vorstandes mit ehemaligen Funktionsträgern zur Klärung offener Fragen wurde begrüßt.

Wir protestieren entschieden gegen Äußerungen einiger Politiker, die GBM und ISOR als »Stasivereine« in der Öffentlichkeit zu betiteln. Es ist und bleibt Verfassungsrecht, unsere vorerhaltenen Rentenansprüche einzuklagen und zu sichern.

Diese Veranstaltung hat den Optimismus für unseren weiteren Gerechtigkeitskampf und insbesondere zur zielstrebigem Durchsetzung der politischen Führungskonzeption weiter ausgeprägt.

Heinz Matzdorf

★

Am 27. Oktober trafen sich das ISOR-Vorstandsmitglied Siegfried Felgner und der TIG-Vorsitzende von **Hagenow** Horst Dittmann mit ehemaligen Angehörigen des MfS in Hagenow zu einem Informationsgespräch, um über die aktuelle Situation im Kampf von ISOR gegen das noch bestehende Rentenstrafrecht zu informieren und über den Schwerpunkt Mitgliedererwerb zu sprechen.

Der Einladung waren 19 Teilnehmer gefolgt, darunter drei ISOR-Mitglieder.

Siegfried Felgner bewertete die bisherige Arbeit und die erzielten Erfolge von ISOR für die Mitglieder und auch für die noch nicht organisierten u.a. auch ehemaligen Angehörigen des MfS, die sich dem Kampf gegen das Rentenstrafrecht noch nicht angeschlossen haben. Die Frage der Solidarität und Geschlossenheit des Einzelnen und des Vereins wurde in der jetzigen Phase besonders deutlich gemacht. Erfolg kann nur erzielt werden, wenn Politik und Staat mit konkreten, nachweisbaren Fakten konfrontiert werden, um damit das Rentenstrafrecht zu kippen. Dazu ist die aktive Beteiligung der ehemaligen Angehörigen

des MfS, auch in Hagenow erforderlich. Im Ergebnis des Informationsgesprächs, dem Erfordernis von Solidarität, Geschlossenheit und persönlicher Verantwortung folgend, stellten sieben Teilnehmer den Antrag zur Aufnahme in ISOR. Zwei ehemalige ISOR-Mitglieder stellten den Antrag auf Wiederaufnahme. Die teilnehmenden Ehepartner bekundeten ihre uneingeschränkte Solidarität.

Peter Albrecht und Klaus-Dieter Thiel

★

Im Oktober führte unsere TIG **Berlin-Lichtenberg 2** eine Mitgliederversammlung zum Thema »Unser Kampf um Rentengerechtigkeit, gegenwärtiger Stand und weitere Aktivitäten« mit einer Vielzahl unserer Mitglieder durch.

Der stellvertretende Vorsitzende unserer Initiativgemeinschaft Prof. Dr. Horst Bischof schilderte überzeugend den erreichten Stand besonders bei der Erarbeitung der Dokumente zum Gutachten für den erneuten Gang zum BVerfG. Die aufwändige Arbeit und hohe Einsatzbereitschaft der an diesen Dokumenten arbeitenden ISOR-Mitglieder fand hohe Anerkennung und Würdigung bei den Teilnehmern.

Dem Vorstand der ISOR wurde der Dank für seine weitsichtige, realistische und beharrliche Arbeit ausgesprochen.

Einmütigkeit bestand darin, den Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts mit juristischen und politischen Aktivitäten weiter zu verstärken und der gegenwärtigen Ausgrenzung unserer Mitglieder auf noch breiterer Front entgegenzutreten.

Würdigung fand sowohl die Solidarität und Zusammenarbeit der im OKV vertretenen Verbände für diese Ziele als auch das große Engagement der ISOR-Mitglieder und Funktionäre aus den ehemaligen Sicherheitsorganen der DDR für die Beseitigung des Rentenstrafrechts. Dabei kommt es uns vor allem auf die Bündelung dieser Aktivitäten an, nicht auf das Hervorheben manch unterschiedlicher Sichtweisen. Mit großer Zustimmung nahmen unsere Mitglieder die Appelle auf der Protestveranstaltung der im OKV vertretenen Verbände am 03.10.07 zur Kenntnis, dass der Diskriminierung der Ostdeutschen und ihrer Geschichte noch mehr entgegen gewirkt werden muss.

Wir verstehen darunter besonders, auch Schluss zu machen mit dem Missbrauch des Rentenrechts zum Zwecke der Ausgrenzung unserer Mitglieder. Wir verwahren uns auch dagegen, dass die Wahrheit über die Arbeit des MfS zur Erhaltung und Sicherung des Friedens, zum Schutz der Volkswirtschaft und zum Wohle der Bevölkerung bewusst verschwiegen und durch zunehmende Verleumdungspropaganda gegen die DDR und ihre Sicherheitsorgane ersetzt wird.

Die Auswertung der Veranstaltung vom 22.10.07 zur Würdigung des Lebens und Wirkens von Prof.